



EINLADUNG zur Parteiversammlung am 10. November 2021, 20:00, im Schalander

Entschuldigt: Susanne Schaffner, Luzia Stocker, Paul Dilitz, Peter Moor, Sarah Thanasis, Luc Nünlist, Marion Rauber, Luzia Baumann, Lea Jäggi, Stefan Bielser, Ruedi Moor

Protokoll: Ch. von Arx

Traktanden:

2. Protokoll PV-Sitzung vom 11. August 2021

Wird auf nächstes Mal verschoben.

3. Allg. Mitteilungen

Keine

4. Informationen aus der Fraktion

Fraktion

Wie von Georg gewünscht wird wieder ein Newsletter aus dem Parlament erfolgen. Die Aufgabe ist fraktionsintern bereits vergeben worden. An der ersten ordentlichen GP-Sitzung ist dies untergegangen.

Noldi: bittet die Fraktion, noch einmal über die Zustimmung zur Abschaffung der Kopfsteuer zu befinden. Es gibt auch Argumente dagegen.

Stadtrat: Der Bericht des Stadtrats zuhanden der GV ist ans Protokoll anzuhängen.

5. Die Pflegeinitiative – vorgestellt durch Rolf Allemann, Co-Präsident der SBK AG/SO

Diskussion

Natascha: Wie soll die Ausbildungsinitiative aussehen? Wie soll das Ausbrennen der Angestellten verhindert werden?

Antwort: Der Bund muss innert 18 Monaten Massnahmen erarbeiten. Beim Gegenvorschlag sind die auch nicht klar. Eine schnelle Umsetzung ist dort auch unklar.

Noldi: Der Gegenvorschlag wurde erzwungen. Der Weg bei der Initiative ist unklar. Dort gibt es mehr Gefahren als beim Gegenvorschlag. Die Spitex unterstützt die Initiative nicht.

Georg: Die Probleme beim Gegenvorschlag sind, dass es keine Lösungen gibt für die Arbeitsbedingungen und den Stellenschlüssel. Die Sozialpartner haben es nicht geschafft. Deshalb hat es die Initiative gegeben. Die Initiative kann auch schneller kommen/umgesetzt werden.

Antwort: Eine Ausbildungsinitiative reicht nicht. Die Leute müssen auch bleiben. Wer betreibt die Ausbildung?

Rita: Die Jungen sind motiviert und gehen dann schnell weg. Die Pflege ist essentiell. Mit Corona kann man die Politik unter Druck setzen. Der Druck muss bleiben.

Claudia: Weshalb gibt es GegnerInnen beim Pflegepersonal?

Antwort: Noch nie gehört. Nur im Vorfeld der Mobilisierung, nicht für weitere Arbeiten.

6. Bildungsmodul zum Referendum Stempelsteuer, Simon Bürki, Kantonsrat, FiKo

Es ist ein grosser Plan der Bürgerlichen: Besteuern des Lohns und des Konsums, Entlastung der Konzerne, Aktionäre und des Kapitals

Seit 1996 sind den Steuern 50 Mia. entzogen worden zu Gunsten der Unternehmen. Folge: Anstieg der Dividenden. Reiche sind reicher geworden. Gleichzeitig steigen die Steuern/Abgaben für die «Normalen».

Das Problem der aktuellen Stempelsteuervorlage: Es betrifft nur die Emissionsabgabe auf dem Eigenkapital. Höhe 1% der Kapitalerhöhung bei einer Forderung ab Fr. 1 Mio. Multinationale Unternehmen, Banken, Versicherungen, Holdings, nicht aber KMUs profitieren davon. Jährlich ca. 60 Firmen.

Diskussion:

Claudia: Weshalb sind KMU nicht betroffen?

Antwort: Wegen Freibetrag von Fr. 1 Mio.

Rita: Weshalb Einführung der Stempelsteuer 1917?

Antwort: Als Beitrag zur Finanzierung der Infrastruktur. Es ist einfach eine Umsatzabgabe, wie die MWST. Damals hat man einfach Geld gebraucht.

Erklärung «jetzt si mer dra»

Es ist eine Entlastung eigentlich nur nach oben. 143 Mio. ab 2023, 305 Mio. ab 2030 pro Jahr. Oftens ab 2023: 10 Mio./Jahr.

Es wird keine Kompensation durch NeuzuzügerInnen geben. Zukünftige Herausforderungen (Alter, Gesundheit, Klima) brauchen auch Geld.

Gegenvorschlag geplant und in Vernehmlassung: Das Ziel ist die Steuersenkung bei tiefen Einkommen (<100'000 Fr.). Das Ziel wird erreicht durch fehlende Reduktion bei hohen Einkommen, Erhöhung des Kinderabzugs, Beschränkung des Pendlerabzugs, Anpassung des Steuertarifs. Die meiste Entlastung gibt es bei Familien mit Kindern. Der Steuerausfall in Olten wäre Fr. 1,8 Mio./Jahr ab 2030. Die SP unterstützt den Gegenvorschlag.

Diskussion:

Georg: Der Pendlerabzug fördert nicht die langen Arbeitswege. Es gibt Menschen, die ein Fahrzeug brauchen. Man kann nicht immer der Arbeit hinterher zügel. Man muss die Begrenzung gut begründen. BúeizerInnen muss man berücksichtigen.

Antwort: Für 2/3 reichen die geplanten Fr. 6'000.-- (30km mit dem Auto).

Florian: Wie kommunizieren die Stadt und der VSEG? Der VSEG hat etwas eingereicht. Man will keinen hohen Verlust bei den Gemeindesteuern haben. Der Gegenvorschlag ist das kleinere Übel. Am liebsten hätte man keine Änderung, damit es nicht weniger Steuern gibt, sonst gibt es einen Leistungsabbau.

Irma: Es gibt trotzdem einen Steuerverlust. Es hätte Kostenneutral sein müssen, d.h. eine Steuererhöhung für Reiche. Bei einem notwendigen Leistungsabbau bezahlen die Kleinen für die Grossen.

Antwort: Mit dem Gegenvorschlag gibt es kein Sparpaket beim Kanton.

Georg: Was ist mit den Gemeinden? Dann gibt es dort Sparvorlagen. Es ist keine kostenneutrale Steuerrevision.

Antwort: Steuererhöhungen für Reiche haben keine Chance. Auch ohne den Gegenvorschlag bleibt die Initiative bestehen. Durch den Gegenvorschlag werden tiefe Einkommen entlastet; einfach zu Lasten von allen und nicht den Reichen.

7. Diverses

Rita weist darauf hin, dass die SP Olten nächstes Jahr 120 Jahre alt wird. Man sollte einen feierlichen Anlass planen.

Schluss: 22:00